USA

Erkaufte Posten

Auch Präsident Barack Obama, der einen Wandel in Washingtons politischer Kultur versprach, kann sich den zweifelhaften Regeln des Politikgeschäfts nicht entziehen. Wie seine Vorgänger belohnte Obama treue Wahlkampfspender mit attraktiven Posten. Das unabhängige Center for Public Integrity in Washington hat ausgerechnet, dass der Präsident bislang fast 200 hochrangige Regierungsämter an Personen vergab, die viel Geld für seinen Kampf ums Weiße Haus gesammelt hatten. So durfte der Top-Manager einer Telekommunikationsfirma, der über 500 000 Dollar an Spenden organisiert hatte, sogar als Chef des Rekrutierungsbüros im Weißen Haus über Einstellungen in Präsidentennähe entscheiden. Zugleich konnte seine Firma millionenschwere öffentliche Aufträge verbuchen.

Die Praxis ist nicht neu in den USA, Botschafterposten gelten seit langem als Belohnung für Großspender. Der derzeitige US-Statthalter in Berlin zum Beispiel, Phil Murphy, war zuvor Investmentbanker und Schatzmeister der Demokraten. Ausgerechnet Obama, der stets beteuerte, nicht käuflich zu sein, hat nun schon mehr Großspender eingestellt als Vorgänger George W. Bush in acht Regierungsjahren.

Der Zeitpunkt dieser Enthüllung ist unglücklich: Gerade wird wieder über

UPI/IMAGO

Obama

eine Reform der US-Finanzmärkte diskutiert, die immer noch nicht vollständig umgesetzt ist. Enttäuschte Anhänger kritisieren, Präsident Obama kämpfe nur halbherzig für die Reform, um es sich nicht mit den Wall-Street-Bankern zu verderben. Richtig ist, dass der Präsident auch deren Geld für den nächsten Wahlkampf braucht. Eine Milliarde Dollar Spenden will seine Mannschaft dafür einsammeln.

MOHAMED SHEKH NOR / AP

Farmajo-Anhänger in Mogadischu

SOMALIA

Macht der Straße

Mit Erleichterung hatten die Uno, Geberländer und internationale Hilfsorganisationen die vorsichtigen Fortschritte beim Aufbau Somalias registriert: die Geländegewinne der Armee gegenüber der islamistischen Schabab-Miliz, die Teilbefriedung der Hauptstadt Mogadischu sowie erste Ansätze eines funktionierenden Wirtschaftslebens. Nun gefährdet ein Machtkampf, der bis zu den gerade auf August 2012 verschobenen Wahlen andauern dürfte, das bisher Erreichte. Treibende Kraft des Konflikts ist Parlamentssprecher Scharif Hassan Scheich Aden, der den Premierminister Mohamed Abdullahi, genannt „Farmajo“, aus dem Amt drängen will. Der Regierungschef hat in sieben Monaten Amtszeit an Ansehen im Parlament und bei den Bewohnern Mogadischus gewonnen, nicht zuletzt weil die kleinen Erfolge mit ihm verbunden werden. Dadurch sieht Parlamentssprecher Aden, einst Viehhändler, seine Kandidatur für das Präsidentenamt erschwert. Im Bündnis mit dem noch amtierenden Staatschef und gebilligt vom Uno-Sondergesandten für Somalia, drängt er nun auf den Rücktritt Farmajos. Der aber denkt nicht an einen Rückzug und fühlt sich durch Solidaritätsdemonstrationen in Mogadischu bestätigt.

„Alle haben mich gebeten, im Amt zu bleiben“, sagte der Premier dem SPIEGEL. Sein Kabinett stehe hinter ihm und wohl auch die Mehrheit des Parlaments. Nur wenn die Abgeordneten für seine Absetzung votierten, werde er seinen Stuhl räumen. Bis dahin setzt Farmajo auf die Macht der Straße: „Die Leute demonstrieren für mich, weil sie sehen, dass es vorangeht.“

ZITAT

„Tunesien hat es schwerer als damals die DDR. Man müsste eigentlich den ganzen Staatsapparat austauschen. Das Land hat aber das Pech, dass es kein West-Tunesien gibt.“

Hubertus Knabe, Leiter der Gedenkstätte im ehemaligen Stasi-Gefängnis Hohenschönhausen, der den Tunesiern bei der Aufarbeitung der Diktatur hilft

Demonstranten in Tunis

MARTIN BUREAU / AFP